

## Die Zaghafte

Angela Merkel hatte den nächsten Integrationsschritt Europas auf dem Fuß – der Ball ging ins Aus | Von Frank Hofmann

Der Euro stand auf der Kippe in der Hochphase der europäischen Schuldenkrise vor einem Jahrzehnt und damit wohl das gesamte Europäische Einigungsprojekt wie es bisher war: in dieser Nacht im Brüsseler EU-Ratsgebäude schauten die Journalistinnen und Journalisten auf ihre Smartphones und überlegten, welche Börse in Asien wohl als erste öffnet, wo die finale Spekulationswelle gegen die europäische Einheitswährung anrollen könnte.

Dann war Abstimmung unter den EU-Staats- und Regierungschefs und die Lösung stand. Die EU gründete eine weitere Agentur, diesmal um international Geld aufzunehmen, für dessen Rückzahlung die Mitgliedsstaaten einzeln nach ihrem EU-Anteil garantierten. Heute ist das der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Luxemburg, ein weiteres verkrampftes Konstrukt, das den eigentlich anstehenden Schritt Europas, die vergemeinschaftete Schuldenaufnahme der Eurozone, verhindern sollte. Die Gründung der Agentur wurde verbunden mit demokratisch wenig legitimierten Sparauflagen für den verschuldeten Süden der EU.

In den Brüsseler EU-Gängen wurde schnell klar, dass es eine hauchdünne Abstimmung war. Die Möglichkeit der weiteren Integration, so wie es Jacques Delors, der EU-Kommissionspräsident der 1980er-Jahre, und wohl auch Helmut Kohl bei Gründung des Euro einmal vor Augen hatten, – war vertan. Dieser Schritt wäre der erste gewesen, auf den sehr schnell weitere hätten folgen müssen: eine vergemeinschaftete Wirtschafts- und Sozialpolitik, gemeinsame EU-Steuern und vieles mehr. Doch es war Angela Merkel, die deutsche Bundeskanzlerin, die zögerte und den Weg der Verkrampfung wählte, nicht den der Befreiung.

Für jeden Europa-Zeithistoriker dürften die Brüsseler Akten aus dieser Zeit, die in 20 Jahren zur Freigabe anstehen, ein Festmahl werden. Sie werden die Grundlage der



Was hätte sein können – Angela Merkel diese Woche noch einmal zu Besuch bei Emmanuel Macron in Paris.

Spurensuche sein, um die zentrale Frage von Merkels Europapolitik zu beantworten: Warum wurde diese Chance im Sinne der weiteren Integration Europas vertan?

International werden seit Wochen viele Lobeshymnen auf die 16 Jahre lang regierende Kanzlerin angestimmt. Doch seit Kurzem mehren sich die kritischen Stimmen, sehr zu Recht. Timothy Garton Ash wird diese Woche im *New Statesman* mit den Worten zitiert: „Sie hatte die Chance die Deutschen zu überzeugen, dass jetzt die Eurozone fit gemacht werden muss für das 21. Jahrhundert, sie hat sie nicht genutzt. Es war einer dieser Momente an dem die (deutsche) Kanzlerin außergewöhnliche Macht hatte zu führen, doch sie hat diese Chance verstreichen lassen und ließ zu, dass sich das Narrativ vom faulen, korrupten Süden, der den tugendhaften Norden ausbeutet, in der deutschen öffentlichen Meinung und Politik etabliert.“

Zehn Jahre später hat ein Virus Europa dazu gezwungen, diesen Schritt der vergemeinschafteten Schulden zumindest ein klein wenig zu gehen, mit dem Corona-Hilfsfonds der EU-Kommission. Doch was wäre wohl gewesen, wenn die Eurozone „fit“ in diese epochale Gesundheitskrise gegangen wäre?

Zahlen lügen nicht und es wird seit Monaten deutlich, dass die Covid-19-Pandemie vor allem in den lateinischen Ländern im Sü-

den Europas tötet. Der Zusammenhang mit krank gesparten Gesundheitssystemen dort ist offensichtlich. Wenn aber Menschen sterben in einer Gemeinschaft, die auf den Gräbern der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zusammengefunden hat, um Frieden und die Unversehrtheit des Lebens auf dem europäischen Kontinent zu sichern, wenn diese Menschen als Folge unsolidarischen Handelns sterben – dann steht die Zukunft dieses europäischen Projektes in Frage.

Angela Merkel gehört dieser Generation an, die von den Jungen in den sozialen Medien gemeinhin nur noch als „Boomer“ bezeichnet wird. Eine Generation des Kleinmuts, die spitz die Ellenbogen ausfährt, wenn es um den Selbsterhalt geht. Der „Spiegel“ hat zuletzt analysiert, dass es für die großen Schritte in der Politik Gefühl und Empathie braucht. Kanzler Kohl wurde immer wieder attestiert, dass er es mit diesem Wesenszug oft übertrieben habe, so auf den



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.

## Tradieretes Wegducken, selbst ein Sicherheitsrisiko

Drohnen, nukleare Teilhabe, Rüstung – Sicherheitspolitik nach der Bundestagswahl | Von Björn Müller

China lehnt den Besuch einer deutschen Fregatte ab, Mali verhandelt über den Einsatz russischer Söldner und die Kabul-Evakuierung zeigte das massive militärische Gefälle der Europäer gegenüber den USA. Die essenzielle Bedeutung von Sicherheitspolitik und Streitkräften offenbart sich aktuell in der Wahlkampf-Hochphase – ohne dort gehaltvoll thematisiert und debattiert zu werden. Dabei sind die Aufgaben der kommenden Regierung bei Verteidigung und Bundeswehr Legion.

Anfangen bei aufgeschobenen Problemlösungen. Bis dato versagt die Politik der Bundeswehr den Einstieg in die Drohnen-Bewaffnung mittels eines Konzepts des „defensiven Wächters“, welches vorsieht, dass Kampfdrohnen Lager und Patrouillen bewachen. Deutschland ist die einzige gewichtige Militärmacht der EU die noch auf einen Einsatz bewaffneter sogenannter UAV (*unmanned aerial vehicle*, unbemannter Luftfahrzeug) verzichtet. Dabei soll die Bundeswehr laut gültiger Militärkonzeption Rahmennationarmee zum Andocken kleinerer Nato und EU-Streitkräfte sein. Ein Anspruch, der sich mit dem Verzicht auf Kampfdrohnen nicht aufrechterhalten lässt.

Auf der langen Bank landete auch die Entscheidung, ob Deutschland die nukleare Teilhabe fortführt. Ausdruck dafür ist die

überfällige Beschaffung eines neuen Trägerflugzeugs für US-amerikanische Atomlenkbomben. Ein weiterer Betrieb des über 40 Jahre alten Tornado würde jene Summen im Rüstungsetat absorbieren, die für die laufende Ertüchtigung der Bundeswehr mit neuem Gerät gebraucht werden. In der Nato – vor allem bei den Ostflanken-Staaten – gilt die nukleare Teilhabe als wichtiges Element der politischen Geschlossenheit und damit der Abschreckung Russlands. Für einen Ausstieg müsste die deutsche Politik realpolitische Konzepte entwickeln, mit denen sie die Partner vom Verzicht überzeugen oder entschädigen kann. Solche liegen bis dato nicht vor.

Eine ungelöste Großaufgabe bleibt es, die Rüstung besser aufzustellen – trotz diverser Umbauten seit 2012. In der auslaufenden Legislaturperiode wurde das überdeutlich: Die Bündnispartner wünschen sich eine Armee, mit der sich Deutschland global engagieren kann, von der Sahel-Zone bis in den Indo-Pazifik. Daneben soll die Bundeswehr wieder den Großkampf gegen Russland leisten können. Modernes Kriegsgeschäft ist durch digitale Komponenten aufwendiger in der Konzeption als früher und muss in raschen Zyklen erneuert werden. Daneben braucht es für Auslandseinsätze eine pragmatische und zeitnahe Beschaffung.

Europäisch zu rüsten wird immer dringlicher. Nur so lassen sich Hauptwaffensysteme noch zu annehmbaren Konditionen finanzieren – und ernsthafte militärische Schlagkraft aufbauen. Die Vielfalt der Anforderungen ist kostenintensiv. Die Bundeswehr soll deshalb alle Aufgaben über ein *single set of forces* abdecken – zu Deutsch: einen Werkzeugsatz militärischer Fähigkeiten. Der bisherige Rüstungsprozess ist hierfür zu schwerfällig und schlecht aufgestellt. Die Finanzierung ist in der Perspektive stets unklar. Die Koordinierung im Leistungsdreieck Militär, Politik und Wirtschaft funktioniert nicht, und die Rüstungskontrolle durch den Bundestag ist ineffektiv. Reformen der Beschaffung müssten in drei Bereichen erfolgen: Formulierung einer Rüstungsstrategie samt Aufbau einer effektiven politischen Koordinierung, über-



BJÖRN MÜLLER

ist freier Fachjournalist für Sicherheitspolitik in Berlin und Redakteur bei *loyal – Magazin für Sicherheitspolitik beim Reservistenverband*.

jährige Finanzplanung und eine sinnvollere Kontrolle durch das Parlament.

Nicht nur die Rüstung, auch den Aufbau der Streitkräfte gilt es zu erneuern. Für die Renaissance der Landes- und Bündnisverteidigung müssen wieder schlagkräftige Großverbände aufgestellt werden. Noch-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Eberhard Zorn haben dazu mit ihrem Eckpunkte-Papier Vorschläge unterbreitet, die einer konservativen Anpassung an die Anforderungen entsprechen. Deren Umsetzung oder eine weitergehende Strukturreform stehen im Aufgabenheft der kommenden Regierung.

Eine in der jüngsten Afghanistan-Erregtheit aller Orten in der Politik geforderte Prüfung des Bundeswehr-Einsatzes am Hindukusch sollte ebenfalls nicht versacken. Am besten wäre es, wenn jene zum Vehikel für eine ernsthafte Debatte zu Profil und Aufgaben der Bundeswehr würde, vor der sich Gesellschaft und Politik seit Jahren drücken. Das fängt damit an, die Rolle der Armee im vermeintlichen Hochleistungswerkzeug deutscher Außen- und Sicherheitspolitik namens „Vernetzter Ansatz“ zu analysieren. Die hastige Notevakuierung aus Kabul warf ein Schlaglicht auf dessen wahre Verfasstheit: Ein stümperhaftes Nebeneinander der Akteure vom Außen- über das Innen- bis zum Ent-

wicklungshilfeministerium – meilenweit entfernt vom Anspruch, besonders vorausschauend und nachhaltig zu agieren; vornehmlich wenn es darum geht, Sicherheit zu schaffen. Überhaupt drängt die Frage auf Antwort, wo Gemeinwesen und Politik ihren professionellen Gewaltanwender Bundeswehr langfristig verorten. Das 2018 gebilligte Fähigkeitsprofil, eine Ankerarmee für die europäische Wehrintegration bis 2030 aufzubauen, wird bei dem bisherigen Kurs nicht belastbar sein. Hierzu müsste die Bundesrepublik bereit sein, ihre Streitkräfte militärischer – sprich: weniger Brunnenbohren – einzusetzen und in Koalitionen der Willigen und Fähigen einzubringen – dem realistischen Konzept unserer Zeit. Bis dato überlässt Deutschland Eingreifmissionen und kinetisches Operieren anderen. Nicht aus einer legitimen Interessensabwägung heraus, sondern aus tradiertem Wegducken. Deutschlands traditionelle Militärpolitik einer maximalen Einbeziehung aller funktioniert nicht mehr als Generallinie. Ein kleinster gemeinsamer Nenner ist in der Sicherheitspolitik, wo es um klare Effekte geht, die schlechte Herangehensweise; diese ist zur Zeit zu beobachten bei der wirkungslosen EU-Mission mit Bundeswehr-Beteiligung zur Überwachung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen.

### AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

### Ministerin

Frauen und Politik: Wer sich gruseln will über die Schattenseiten der Bonner Republik, dem sei ein Film empfohlen: „Die Unbeugsamen“. Schwarz-grau die Anzüge im Plenarsaal, Herrschaften, wohin das Auge blickt. Die erste Bundesministerin wurde Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), 1961, zwölf Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, zuständig für das Gesundheitswesen, durchgesetzt durch ein Sit\_In (sic!) der wenigen weiblichen Abgeordneten von Konrad Adenauers Partei. Männerwitze. Tätscheln.

1972 die erste Frau an herausragender Stelle – Annemarie Renger (SPD) als Bundestagspräsidentin. Aber die Grünen waren es, die den Durchbruch erzwingen und ab 1983 die Konkurrenz auf Kurs brachten. Ihr Mitglied Klaus Hecker („Busengrabtscher“) hatte sein Abgeordnetenmandat niederzulegen. Waltraud Schoppes Rede zur Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ging in die Parlamentsgeschichte ein. Vom „alltäglichen Sexismus im Parlament“ sprach sie. Grölen, Schenkellopfen bei Union und FDP, ein letztes Mal, wie notiert wurde. In der Grünen-Fraktion wurde das „Feminar“ durchgesetzt – eine rein weibliche Fraktionsspitze. Quoten fanden Eingang in die Parteipolitik – anfangs verbunden noch mit dem abträglichen Wort von der Quotenfrau.

Vor der Bundestagswahl 1998 gab es in Helmut Kohls Kabinett zwei Ministerinnen (Angela Merkel und Claudia Nolte). Bei Gerhard Schröder wurde es besser. Noch aber blieb es dabei: Männer machten Politik. Schnitt. Gegenwart. In der CDU kam Merkel, einst „Kohls Mädchen“ genannt. 2019 wurde Andrea Nahles zum Rücktritt vom SPD-Vorsitz genötigt – vor allem von SPD-Männern. Werden Frauen also in der politischen Auseinandersetzung härter attackiert als Männer? Der Wahlkampf belegt das nicht. Und am Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer vom CDU-Vorsitz war maßgeblich Merkel, die Bundeskanzlerin, beteiligt.

Merkels Nachfolger wird höchstwahrscheinlich ein Mann sein – Armin Laschet oder Olaf Scholz. Beide haben zugesagt, das nächste Kabinett hälftig aus Frauen und Männern zusammensetzen. Schon hat Scholz die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken als ministrabel bezeichnet, was diese wohl auch so sieht. Ein Coup sondergleichen aber wäre es, wenn er Nahles, die früher Arbeitsministerin war, für sein Kabinett gewänne. Unvorstellbar wiederum scheint es, dass neben dem Kanzler auch die Ämter des Bundestagspräsidenten und des Bundespräsidenten von Männern besetzt bleiben.